

**Volkskammer
der
Deutschen Demokratischen Republik
10. Wahlperiode**

Drucksache Nr. 141

**A n t r a g
des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
vom 11. Juli 1990**

Die Volkskammer wolle beschließen:

**G e s e t z
über die Feststellung des Haushaltsplanes der
Deutschen Demokratischen Republik für die Zeit
vom 1. Juli bis 31. Dezember des Haushaltsjahres
1990 (Haushaltgesetz 1990)**

Lothar de Maizière
Ministerpräsident

Entwurf

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans der Deutschen Demokratischen Republik für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember des Haushaltsjahres 1990 (Haushaltsgesetz 1990)

§ 1

- (1) Der diesem Gesetz als Anlage 1 beigelegte Haushaltsplan der Republik für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990 wird in Einnahme und Ausgabe auf 63 684 438 000 Deutsche Mark festgestellt.
- (2) Die Summe der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren (Verpflichtungsermächtigungen) wird für Infrastrukturmaßnahmen auf höchstens 2 000 000 000 Deutsche Mark festgestellt. Die Aufteilung auf die Einzelpläne erfolgt in dem Einvernehmen zwischen dem Minister der Finanzen und dem Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Die vorgenannte Summe kann gemäß Artikel 27 Abs. 2 des Staatsvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Mai 1990 im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland erhöht werden.
- (3) Die Steuern, Zölle und Monopolabgaben stehen - mit Ausnahme der gesetzlich festgelegten Gemeindesteuern - der Republik zu. Sie sind im Haushalt der Republik zu vereinnahmen.
- (4) Alle Mehreinnahmen, die über die in den Einzelplänen des Haushaltsplans veranschlagten Einnahmen hinausgehen, sind im Haushalt der Republik bei Epl. 60 Kap. 02 Tit. 11999 zu vereinnahmen.

§ 2

- (1) Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990 Kredite bis zur Höhe von 10 000 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen. Die Aufnahme der Kredite erfolgt im Einvernehmen zwischen dem Minister der Finanzen und dem Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland. Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, gemäß Artikel 27 Absatz 1 des mit der Bundesrepublik Deutschland am 18. Mai 1990 abgeschlossenen Staatsvertrages bei grundlegend veränderten Bedingungen gegenüber den für den Haushaltsplan getroffenen Annahmen, die Kreditobergrenze nach Satz 1 mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland zu überschreiten.
- (2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990 fällig werdenden Kredite zu.
- (3) Auf die Kreditermächtigung sind anzurechnen
 1. bei Diskontpapieren der Nettobetrag,
 2. bei Schatzanweisungen der Verkaufserlös.

§ 3

Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 800 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen. Sie sind bis zum Ende des Haushaltsjahres zurückzuführen.

§ 4

Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, nach § 27 Absatz 2 des Staatsvertrages vom 18. Mai 1990 im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland dem bei der Staatsbank eingerichteten Ausgleichsfonds Ausgleichsforderungen gemäß Artikel 8 § 3 Absatz 4 und § 4 der Anlage I des Staatsvertrages einzuräumen.

§ 5

(1) Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland, Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 4 000 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen:

1. Zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe , wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahme besteht;
2. gegenüber der Treuhandanstalt, soweit eine Absicherung zur Erfüllung der im Errichtungsgesetz festgelegten Aufgaben erforderlich ist;
3. zur Förderung des Verkehrswesens;
4. zur Förderung von Investitionen, der Herstellung von Produkten, die zur Vermeidung von Umweltbelastungen dienen, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht , möglich ist;
5. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, die sich aus dem Betrieb von Atomreaktoranlagen ergeben soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;

6. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

Die Aufteilung und die Inanspruchnahme der Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen auf die einzelnen Bereiche erfolgt im Einvernehmen zwischen dem Minister der Finanzen und dem Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland.

- (2) Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen dürfen nicht übernommen werden, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit mit der Inanspruchnahme der Republik gerechnet werden muß.

§ 6

- (1) Die Treuhandanstalt wird ermächtigt, Verbindlichkeiten der Betriebe in Höhe des durch Preissenkungen im 1. Halbjahr 1990 entstandenen Abwertungsverlustes für risikobehaftete Konsumgüter bis zu 4 700 000 000 Deutsche Mark schuldfreiend zu übernehmen.

- (2) Die Treuhandanstalt wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu übernehmen für

- Kredite, die infolge staatlicher Entscheidungen über Strukturveränderungen, Betriebsstillegungen, Änderungen in der Investitionspolitik, Auslaufen militärischer Produktion u. ä. mit Risiken behaftet sind in Höhe von bis zu 20 000 000 000 Deutsche Mark,

- für Sanierungsmaßnahmen ihrer Unternehmen bis zur Höhe von 10 000 000 000 Deutsche Mark.

Schadensausfälle aus der Liquiditätssicherung der Unternehmen sind auf die Kreditermächtigung nach Artikel 27 Abs. 1 des Staatsvertrages vom 18. Mai 1990 anzurechnen.

§ 7

Für den Vollzug dieses Haushaltsplans findet in Abweichung von §§ 11 und 12 der Haushaltsordnung die vom Minister der Finanzen ab 1. August 1984 festgelegte Haushaltssystematik bis zum 31. Dezember 1990 Anwendung. Für die Aufstellung des Haushaltsplans 1991 sind die Bestimmungen der vorgenannten §§ 11 und 12 anzuwenden.

§ 8

Die Einräumung von Nutzungsrechten an Vermögensgegenständen der Republik, ihre Verlängerung oder sonstige Veränderung bedürfen der vorherigen Zustimmung des Ministers der Finanzen.

§ 9

- (1) Die Finanzaufweisungen zum Ausgleich der Haushaltspläne der Bezirksverwaltungsbehörden sowie der Räte der Kreise, Städte und Gemeinden werden mit insgesamt 19 544 000 000 Deutsche Mark entsprechend der in der Anlage 3 für die einzelnen Bezirke nachgewiesenen Höhe festgelegt.
- (2) Die Regierung wird beauftragt, die Finanzaufweisungen für Kreise, Städte und Gemeinden unter Berücksichtigung des § 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 15. 6. 1990 über die Grundsätze der Finanzordnung der Deutschen Demokratischen Republik festzusetzen. Die Regierungsbevollmächtigten handeln im Auftrage der Regierung.
- (3) Für die Ausführung der Haushaltspläne der Bezirksverwaltungsbehörden sind durch den Minister der Finanzen Grundsätze einer vorläufigen Haushaltswirtschaft entsprechend § 9 des Gesetzes vom 15. 6. 1990 über die Grundsätze der Finanzordnung der Deutschen Demokratischen Republik festzulegen.

§ 10

Die im Einzelplan 60 bei Kap. 02 Tit. 89301 veranschlagten Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen sind gesperrt. Der Minister der Finanzen gibt die Mittel nach Vorlage eines Verwendungskonzeptes frei.

§ 11

- (1) Ausgaben dürfen nur soweit und nicht eher geleistet werden, als sie zur wirtschaftlichen und sparsamen Verwaltung erforderlich sind. Die Ausgabemittel sind so zu bewirtschaften, daß sie zur Deckung aller Ausgaben ausreichen, die unter die einzelne Zweckbestimmung der Ermächtigung fallen.
- (2) Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben werden nur bei den Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse sowie für Investitionen zugelassen. Sie bedürfen gemäß § 35 der Haushaltsordnung der Republik der Einwilligung des Ministers der Finanzen. Als Betragsgrenze des § 35 Abs. 1 Satz 3 der Haushaltsordnung der Republik werden 5 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.
- (3) Über- und außerplanmäßige Ausgaben müssen durch Einsparungen bei anderen Ausgaben des Einzelplans ausgeglichen werden. Kann ein Ausgleich nicht erfolgen, so ist für die Bewilligung der Über- und außerplanmäßigen Ausgaben das Einvernehmen zwischen dem Minister der Finanzen und dem Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland erforderlich.
- (4) Die Regelungen der Absätze 2 und 3 sind für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen entsprechend anzuwenden.

§ 12

- (1) Die Rückzahlung zuvielerhobener Einnahmen ist stets beim jeweiligen Einnahmetitel abzusetzen.
- (2) Bei Unrichtigkeit einer Zahlung, bei Doppelzahlungen oder Überzahlungen darf die Rückzahlung von der Ausgabe abgesetzt werden, wenn die Bücher noch nicht geschlossen sind.
- (3) Titelverwechslungen dürfen nur berichtigt werden, solange die Bücher noch nicht geschlossen sind.

§ 13

- (1) Die in den Einzelplänen ausgewiesenen Personalausgaben der Ministerien und sonstigen zentralen Staatsorganen sowie der nachgeordneten Verwaltungen und Einrichtungen sind nach Maßgabe der als Anlage 2 zum Haushaltsgesetz beigefügten Mitarbeiternachweise mit dem Istbestand und den Vergütungsgruppen zu leisten.

Im Wege der Personalbewirtschaftung ist sicherzustellen, daß die in dem Haushaltsplan ausgewiesenen Ansätze eingehalten werden.

- (2) Gemäß der Verpflichtung zum nachhaltigen Personalabbau nach Artikel 26 Abs. 3 des Staatsvertrages vom 18. Mai 1990, sind die bestehenden Verwaltungen schrittweise auf die Strukturen der entsprechenden Verwaltungen in der Bundesrepublik zurückzuführen. Mit einem ersten bedeutsamen Schritt ist sofort zu beginnen. Die näheren Festlegungen für den nachhaltigen Personalabbau erfolgen durch den Ministerrat bzw. den Minister der Finanzen.
- (3) Neue Mitarbeiter dürfen nicht eingestellt werden. Ausscheidende Mitarbeiter der Ministerien und zentralen Staatsorgane sowie deren nachgeordnete Stellen und die ausgeschiedenen Dienstverpflichteten dürfen nicht

ersetzt werden. Ausnahmen bedürfen der Einwilligung des Ministers der Finanzen, die nur ausnahmsweise und nur im Falle eines unabweisbaren, auf andere Weise nicht zu befriedigenden Bedürfnisses erteilt werden darf.

Zuweisungen von Mitarbeitern zu höheren Gehaltsgruppen dürfen nicht vorgenommen werden. Soweit in Ausnahmefällen die Zustimmung des Ministers der Finanzen nicht vorliegt, sind sie unwirksam. Dadurch bedingte Mehrausgaben sind durch Einsparungen bei den Personalausgaben auszugleichen. Ebenso sind sonstige Veränderungen der bestehenden Arbeits- und Angestelltenverträge der Bediensteten durch Vertrag oder Gesetze unwirksam, soweit sie zur Erhöhung oder Gewährung von Gehältern und Löhnen, Versorgungsleistungen oder zu sonstigen Leistungen einschließlich der Unterhaltssicherungsleistungen, Umschulungsmaßnahmen mit Gehaltsfortzahlung oder Vergünstigungen führen. Ebenso sind Vereinbarungen über die Verlängerung von Kündigungsfristen oder über sonstige Einschränkungen der Kündigungsmöglichkeiten unwirksam.

Die vorstehenden Regelungen über die Bewirtschaftung der Ausgaben gelten auch für Ämter und Einrichtungen, die der Staatsverwaltung nachgeordnet sind und ganz oder überwiegend aus dem Staatshaushalt finanziert werden.

- (4) Der Aufbau der Verwaltung der sich bildenden Länder und ihrer örtlichen Untergliederungen einschließlich der Gemeinden erfolgt nach den entsprechenden Verwaltungsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Aufbau ist im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen festzulegen.

§ 14

- (1) Ausgaben- und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 21 der Haushaltsordnung der Republik zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Einrichtung außerhalb der Staatsverwaltung (Institutionelle Förderung) sind nicht zulässig. Ausnahmen sind nur in begründeten Fällen möglich und bedürfen der Einwilligung des Ministers der Finanzen.
- (2) Sofern Zuwendungen zur institutionellen Förderung zugelassen werden, muß ein Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängers dem Minister der Finanzen vorgelegt und von ihm gebilligt werden. Hierbei findet eine Überprüfung mit dem Ziel des sparsamsten Wirtschaftens und - nach Möglichkeit - des Abbaues der Zahl der Mitarbeiter statt. Die Förderung darf nur mit der Auflage bewilligt werden, daß der Zuwendungsempfänger seine Beschäftigten nicht besserstellt als vergleichbare Arbeitnehmer der Republik. Ein entsprechendes Verbot der Besserstellung gilt bei projektgeförderten Zuwendungsempfängern, wenn die Gesamtausgaben des Zuwendungsempfängers überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Der Minister der Finanzen kann bei Vorliegen zwingender Gründe Ausnahmen zulassen.
- (3) Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, bei beiden Förderungsarten die Anzahl der erforderlichen Mitarbeiter mit dem Ziel eines Personalabbaus zu überprüfen und neu festzusetzen.
- (4) Bei institutionellen Zuwendungsempfängern darf die Gesamtzahl der im Haushalts- oder Wirtschaftsplan ausgewiesenen Bediensteten nicht erhöht und ihre Einstufung darf nicht verbessert werden.
- (5) Die Regelungen in § 11 Absätze 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 15

Dieses Gesetz tritt am 1990 in Kraft.

Vorschriften anderer Gesetze oder Beschlüsse, die mit den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht vereinbar sind, werden nicht mehr angewendet.

Haushaltsübersicht nach Einzelplänen und Gruppierungsmerkmalen

E I N N A H M E N

Epl.	I Bezeichnung	I Steuern und		I Verwaltungs-		I Übrige		I Summe	
		I steuerähn-	I liche	I einnahmen	I	I Einnahmen	I	I Einnahmen	
		I Abgaben	I	I	I	I	I	I	I
		I 1000 DM	I	I 1000 DM	I	I 1000 DM	I	I 1000 DM	I
1	2	3		4		5		6	
20	I Rechnungshof der Republik			.059				.059	
23	I Minister für wirtschaftliche I Zusammenarbeit								
25	I Minister für Bauwesen, Städte- I bau und Wohnungswirtschaft			72.309				72.309	
30	I Minister für Forschung I und Technologie			146.399				146.399	
31	I Minister für Bildung I und Wissenschaft			88.631				88.631	
32	I Schuldendienst					10000.000		10000.000	
40	I Minister für Familie und I Frauen								
41	I Minister für Kultur			42.681				42.681	
42	I Minister für Medienpolitik			16.537				16.537	
43	I Minister für Jugend und I Sport			41.521				41.521	
44	I Minister für Handel und I Tourismus			6.478				6.478	
45	I Minister für Regionale und I Kommunale Angelegenheiten								
60	I Allgemeine Finanzverwaltung		24750.000	501.809		22000.000		47251.809	
I Gesamteinnahmen			24750.000	4184.438		34750.000		63684.438	

Haushaltsplan der Republik
für das 2. Halbjahr 1990

Haushaltsübersicht nach Einzelplänen und Gruppierungsmerkmalen

A U S G A B E N

Epl.	Bezeichnung	Personal- ausgaben 1000 DM	Sächliche Verwaltungs- ausgaben 1000 DM	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. 1000 DM	Schulden- dienst 1000 DM	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) 1000 DM	Ausgaben für Investitionen 1000 DM	Besondere Finanzierungs- ausgaben 1000 DM	Summe Ausgaben 1000 DM	Epl.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
01	Verwaltung beim Staatsoberhaupt	1.667	1.483			.728	.304		4.182	01
02	Volkskammer	52.193	8.973			.003	.926		62.095	02
04	Amt des Ministerpräsidenten	85.322	117.703			2.124	17.290		222.439	04
05	Minister für Auswärtige Angelegenheiten	57.348	89.007			3.359	10.091		159.805	05
06	Minister des Innern	1896.850	772.860		2.200	2.500	70.000		2744.410	06
07	Minister der Justiz	108.379	35.365			1.348	8.077		153.169	07
08	Minister der Finanzen	142.253	117.341		.400	1.136	2.959		264.089	08
09	Minister für Wirtschaft	173.347	338.196			5311.452	25.534		5848.529	09
10	Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	181.523	141.818			4391.768	29.500		4744.609	10
11	Minister für Arbeit und Soziales	17.036	149.854			6914.000	.168		7081.058	11
12	Minister für Verkehr	80.297	2089.279			1320.703	299.678		3789.957	12
13	Minister für Post- und Fernmeldewesen	6.751	1.123						7.874	13
14	Minister für Abrüstung und Verteidigung	2029.755	1123.710	1004.384	169.762		132.445		4460.056	14
15	Minister für Gesundheits- wesen	48.538	109.819			1139.120	27.698		1325.175	15
16	Minister für Umwelt, Natur- schutz, Energie und Reaktorsicherheit	98.102	210.965			4.156	241.272		554.495	16

Haushaltsübersicht nach Einzelplänen und Gruppierungsmerkmalen

A U S G A B E N

Epl. I	Bezeichnung	Personal- ausgaben 1000 DM	Sächliche Verwaltungs- ausgaben 1000 DM	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. 1000 DM	Schulden- dienst 1000 DM	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) 1000 DM	Ausgaben für Investitionen 1000 DM	Besondere Finanzierungs- ausgaben 1000 DM	Summe Ausgaben 1000 DM	Epl.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
20	Rechnungshof der Republik	15.240	1.985				.014		17.239	20
23	Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	1.721	220.619			64.800	.100		287.240	23
25	Minister für Bauwesen, Städte- bau und Wohnungswirtschaft	41.361	18.072			753.137	602.517		1415.087	25
30	Minister für Forschung und Technologie	259.858	371.345			1.336	57.791		690.330	30
31	Minister für Bildung und Wissenschaft	817.189	476.757			246.798	125.013		1665.757	31
32	Schuldendienst		141.500		2931.600				3073.100	32
40	Minister für Familie und Frauen	1.299	12.271			2680.000	.030		2693.600	40
41	Minister für Kultur	128.246	147.082			14.796	15.920		306.044	41
42	Minister für Medienpolitik	16.728	9.834			34.003	11.504		72.069	42
43	Minister für Jugend und Sport	105.007	89.778			20.966	27.707		243.458	43
44	Minister für Handel und Tourismus	12.523	38.953			11.309	.689		63.474	44
45	Minister für Regionale und Kommunale Angelegenheiten	1.877	.530				.025		2.432	45
60	Allgemeine Finanzverwaltung	399.958	1629.296			21089.777	3039.464	-4425.829	21732.666	60
Gesamtausgaben		6780.368	8465.518	1004.384	3103.962	44009.319	4746.716	-4425.829	63684.438	

Haushaltsplan der Republik
für das 2. Halbjahr 1990

Funktionenübersicht

Kenn- zifferl	Funktionen/Aufgabenbereiche	1990	
		Einnahmen	Ausgaben
		- in Millionen DM -	
0	Allgemeine Dienste.....	1775	10548
01	Politische Führung, zentrale Verwaltung.....	299	2429
	Volkvertretung.....		47
	Verwaltung beim Staatsoberhaupt, Regierung und Ministerien.....	192	1120
	Zuschüsse an Parteien.....		106
	Zuschüsse an Vereinigungen.....		234
	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Rundfunk und Fernsehen.....	16	69
	Zivildienst.....		100
	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben.....	91	753
02	Auswärtige Angelegenheiten.....	106	181
	Auslandsvertretungen, diplomatische Beziehungen.....	72	129
	kulturelle Auslandsbeziehungen.....		14
	Sonstiges.....	33	38
03	Verteidigung.....	416	4779
	Abrüstung und Verteidigung.....	416	3996
	Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR aufgrund Stationierungsabkommen.....		740
	Zivilschutz.....		43
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung.....	954	3158
	Sicherung der Staatsgrenze.....	71	421
	Inneres.....	600	2523
	Finanzielle Abwicklung der Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit.	283	214

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1990	
		Einnahmen	Ausgaben
- in Millionen DM -			
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegen- heiten.....	345	4011
11	Schulen und vorschulische Bildung.....	2	390
12	Universitäten, Hoch- und Fachschulen.....	105	1626
13	Sonstiges Bildungswesen.....	20	37
	Berufsausbildung.....	0	11
	Einrichtungen der Erwachsenen- qualifizierung.....	20	26
14	Wissenschaft, Forschung.....	156	1639
	Wissenschaft und Technik.....	3	1069
	Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit dem Ausland.....	5	31
	Gesellschaftswissenschaftliche Forschung.....	7	116
	Infrastrukturmaßnahmen für Forschungs- und Entwicklungspotentiale.....		215
	Sonstiges.....	141	208
15	Kunst- und Kulturpflege.....	61	319

I I n- I ferI I	Funktionen/Aufgabenbereiche	I 1990	
		I Einnahmen	I Ausgaben
		I - in Millionen DM -	
	Soziale Sicherung.....	2751	10944
	Sozialwesen.....	2001	5358
	Staatliches Kindergeld einschließlich Zuschlag zum Kindergeld.....		2545
	Arbeitslosenversicherung (einschließlich Anschubfinanzierung).....	2000	2000
	Vorruhestandsgeld.....		90
	Rationalisierungsschutzabkommen.....		250
	Geburtenbeihilfe.....		95
	Sozialhilfe.....		90
	Sonstiges.....	1	288
	Sozialleistungen und Erstattungen an die Sozialversicherung.....	750	5440
	Zuschuß zur Rentenversicherung (einschließ- lich Anschubfinanzierung).....	750	3050
	Sozialzuschlag für Rentenempfänger.....		575
	Erstattung an die Krankenversicherung für zusätzliche Mütterunterstützungen		
	- Babyjahr.....		406
	- Schwangerschafts- und Wochengeld.....		200
	- Unterstützung bei Pflege erkrankter Kinder.....		308
	Kriegsbeschädigtenrenten.....		26
	Ausgaben für zusätzliche Altersversorgung. Befristeter Beitragszuschuß bis zu einem Einkommen unter 800 DM monatlich (entspr. § 82 des Sozialversicherungsgesetzes).....		644
	Sonstiges.....		106
			125
	Krediterlaß sowie Zinserlaß für Kredite für junge Eheleute.....		146

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1990	
		Einnahmen	Ausgaben
- in Millionen DM -			
3	Gesundheitswesen, Sport und Erholung	84	749
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens.....	18	316
	Gesundheitswesen.....	15	214
	Apotheken und Werkstätten.....	3	2
	Infrastrukturmaßnahmen für Bausanierung an Krankenhäusern.....		100
32	Sport und Erholung.....	66	433
	Sportstätten.....	49	106
	Erholungswesen.....		212
	Einrichtungen der Jugend.....	17	115
4	Wohnungswesen.....		1275
41	Verwaltung, Bewirtschaftung, Erhaltung und Modernisierung von kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungen.....		600
42	Städtebauförderung.....		675
	Investitionen Wohnungsbau.....		600
	Infrastrukturmaßnahmen für Städtebausanierung.....		75

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1990	
		Einnahmen	Ausgaben
		- in Millionen DM -	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.....	123	4424
51	Anpassungsmaßnahmen Landwirtschaft.....		2871
	Verbesserung der Agrar- und Marktstruktur..		252
	Umweltverträgliche Landwirtschaft und		
	Dorferneuerung.....		93
	Förderung landwirtschaftlicher Betriebe		
	in benachteiligten Gebieten.....		200
	Einkommensübertragung durch Steuerer-		
	mäßigung (Gasölverbilligung).....		-
	Zeitweiliger Einkommensausgleich.....		2000
	Forstwirtschaft.....		8
	Fischwirtschaft.....		128
	Sonstige Maßnahmen.....		190
52	Marktordnungskosten.....	110	1507
53	Allgemeine Agrarausgaben.....	13	46
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Bergbau und		
	Dienstleistungen.....	1026	3774
61	Energie- und Wasserwirtschaft.....	1026	3376
	Einrichtungen und Maßnahmen der Energie-		
	und Wasserwirtschaft.....	1026	449
	Subventionen für die Bevölkerung		
	für Energie.....		2927
62	Bergbau.....		65
	Suche und Erkundung.....		50
	Aufwendungen für alten Bergbau ohne		
	Rechtsnachfolger.....		15
63	Infrastrukturmaßnahmen für den		
	Umweltschutz.....		225
64	Entschädigungen aufgrund von Verpflichtun-		
	gen aus Bürgschaften.....		100
65	Sonstiges.....		8

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1990	
		Einnahmen	Ausgaben
- in Millionen DM -			
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen.....	120	6184
71	Unterhaltung und Instandsetzung der Verkehrswege.....		2425
72	Meteorologischer Dienst.....	6	40
73	Infrastrukturmaßnahmen für Bahn und Straßen sowie in grenznahen Räumen.....		2385
74	Subventionen für die Bevölkerung für Verkehrstarife.....		1320
75	Sonstiges.....	115	14
8	Wirtschaftsunternehmen, Sondervermögen.....	269	2325
81	Sondervermögen.....	227	-
82	SDAG Wismut.....		273
83	Exportförderung RGW.....		2000
84	Sonstiges.....	42	52

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1990	
		Einnahmen	Ausgaben
- in Millionen DM -			
9	Allgemeine Finanz- wirtschaft.....	57192	19450
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen....	24750	19544
	Mehrwertsteuer.....	10200	
	Verbrauchssteuern.....	5500	
	globale Steuerabführungen.....	6000	
	Lohnsteuer.....	2100	
	Sonstige Steuern.....	950	
	Finanzzuweisungen an die Bezirks- verwaltungsbehörden.....		19544
92	Schulden.....	10000	2932
	Zinsen für Auslandsverpflichtungen, für Altschulden, für Ausgleichszahlungen aus der Währungsstellung u.a.....		2632
	Zinsen und Tilgung für Altguthaben für Bürger außerhalb der DDR.....		300
	Nettokreditaufnahme.....	10000	
93	Gegenwertmittel aus dem Reisedevisenfonds...	442	
94	Unvorhergesehene Ausgaben.....		1400
95	Zweckgebundene Finanzzuweisung aus dem Fonds "Deutsche Einheit".....	22000	
96	Globalposten.....		
	Globale Minderausgaben zur Kürzung der Personal- und Sachausgaben.....		-150
	Globale Minderausgaben zur Sperrung von Haushaltsmitteln.....		-4276
Gesamteinnahmen /		63684	63684
Gesamtausgaben			

G e s a m t p l a n : T e i l I I

Finanzierungsübersicht

	Betrag für 2. Halbjahr 1990 1000 DM
Ermittlung des Finanzierungssaldos	
1. Ausgaben..... (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages)	63 684 438
2. Einnahmen..... (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt)	28 934 438
<hr/>	
3. Finanzierungssaldo.....	34 750 000
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos	
4. Finanzzuweisungen der Bundesrepublik..... (gemäß Artikel 28 des Entwurfs des Staatsvertrages)	24 750 000
4.1 Anschubfinanzierung.....	2 750 000
4.1.1 Rentenversicherung.....	750 000
4.1.2 Arbeitslosenversicherung.....	2 000 000
4.2 Zweckgebundene Finanzzuweisungen.....	22 000 000
5. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt.....	10 000 000
5.1 Einnahmen.....	10 000 000
5.1.1 aus Krediten vom Kreditmarkt.....	10 000 000
5.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt.....	
5.2.1 durch Kredite am Kreditmarkt.....	
5.3 Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge...	
<hr/>	
6. Nettoneuverschuldung insgesamt.....	10 000 000
<hr/>	
7. Finanzierungssaldo.....	10 000 000

Gesamtplan: Teil III

Kreditfinanzierungsplan

	<u>Betrag für</u> 2. Halbjahr 1990 1000 DM
1. Einnahmen	
1.1 aus Krediten vom Kreditmarkt.....	10 000 000
	<hr/>
Summe 1.....	10 000 000
2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	
2.1 Tilgung langfristiger Schulden mit Laufzeiten von mehr als 4 Jahren.....	
2.1.1 Schuldscheindarlehen.....	10 000 000
2.2 Tilgung kürzerfristiger Schulden mit Laufzeiten bis zu 4 Jahren.....	
	<hr/>
Summe 2.....	
3. Ausgaben zur Schuldentilgung insgesamt.....	
Saldo aus 1. bis 3. (im Haushaltsplan insgesamt veranschlagte Nettoverschuldung).....	10 000 000
	<hr/>

Mitarbeiternachweis

Einzelplan	Anzahl der Beschäftigten per 30. 6. 1990 Ministerium	nachgeordnete Einrichtungen
01 Verwaltung beim Staats- oberhaupt	120	-
02 Volkskammer	263	353
04 Amt des Ministerpräsidenten	552	6.756
05 Auswärtige Angelegenheiten	957	4.272
06 Inneres	3.552	128.778
07 Justiz	306	10.277
08 Finanzen	788	12.264
09 Wirtschaft	3.804	12.045
10 Ernährung, Land- und Forst- wirtschaft	835	20.391
11 Arbeit und Soziales	207	1.600
12 Verkehr	737	4.576
13 Post- und Fernmeldewesen	457	53
14 Abrüstung/Verteidigung	2.904	183.207
<u>darunter:</u>		
- Abrüstung und Verteidigung	2.904	149.241
- Grenztruppen	-	32.387
- Zivilschutz	-	1.579
15 Gesundheitswesen	309	3.768
16 Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit	377	9.134
20 Rechnungshof der Republik	95	1.537
23 Wirtschaftliche Zusammenarbeit	103	-
25 Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft	570	3.469
30 Forschung und Technologie	418	23.971

Einzelplan	Anzahl der Beschäftigten per 30. 6. 1990 Ministerium	nachgeordnete Einrichtungen
31 Bildung und Wissenschaft	762	66.000
40 Familie und Frauen	29	-
41 Kultur	417	9.324
42 Medienpolitik	128	9.980
43 Jugend und Sport	257	2.679
44 Handel und Tourismus	407	776
45 Regionale und Kommunale Angelegenheiten	100	-
60 Allgemeine Finanzverwaltung (Statistisches Amt, Amt für Kirchenfragen, Staats- reserve, Amt für Design)	1.209	4.431
G e s a m t	20.663	519.641

Haushaltsplan der Bezirke
für das 2. Halbjahr 1990

Haushaltsübersicht nach Bezirken und Gruppierungsmerkmalen

E I N N A H M E N

	I I I I I I I	I I I I I I I	I I I I I I I	I I I I I I I	I I I I I I I
	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Finanz- zuweisungen	übrige Einnahmen	Summe Einnahmen	
	1000 DM	1000 DM	1000 DM	1000 DM	
1	2	3	4	5	
Berlin	26400	2683300	254500	2964200	
Chemnitz (Karl-Marx-Stadt)	31800	1772500	304100	2108400	
Cottbus	11000	1114300	200300	1325600	
Dresden	28300	1833200	331300	2192800	
Erfurt	17600	1401700	228900	1648200	
Frankfurt (Oder)	11300	813900	227300	1052500	
Gera	11900	844300	177000	1033200	
Halle	25000	1742100	305300	2072400	
Leipzig	23000	1464900	199500	1687400	
Magdeburg	16000	1478500	240400	1734900	
Neubrandenburg	5200	748300	181900	935400	
Potsdam	17400	1188200	251900	1457500	
Rostock	9500	1124200	232300	1366000	
Schwerin	6900	719500	157100	883500	
Suhl	8700	615100	173600	797400	
Gesamteinnahmen	250000	19544000	3465400	23259400	

Haushaltsplan der Bezirke
für das 2. Halbjahr 1990

Haushaltsübersicht nach Bezirken und Gruppierungsmerkmalen

A U S G A B E N

	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I	I	I	I	I	I
	I					